Finsinger Ohrwurm

Nr. 16

12. Oktober 1980
Erscheint nach Bedarf
Die SPD berichtet vom Gemeindegeschehen

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 5.10.1980

Zweitstimmen: (%)

Jahr/	Beteiligung	CSU	SPD	FDP	NPD	BP/CBV	sonstige
a) Gemeinde Finsing							
1965:	78,0	66,3	26,4	7,2	0,1	-	-
1969:	74,7	50,2	32,9	4,4	3,1	8,2	1,2
1972:	83,9	56,4	37,3	5,9	0,3	-	0,2
1976:	85,4	66,4	28,5	4,8	-	0,2	0,2
1980:	86,7	63,4	28,1	6,8	-	0,2	1,6
b) Landkreis Erding							
1976:		69,8	24,6	5,0	0,2	0,2	0,1
1980:		66,3	25,3	6,8	0,1	0,1	1,4
c) Bayern							
1976:		60,0	32,8	6,2	0,4	0,1	0,2
1980:		57,6	32,7	7,8	0,2	0,1	1,5
d) in den Stimmbezirken							
- Finsing:							
1976:		78,6	16,8	4,0	-	0,6	0,6
1980:		70,6	18,4	8,4	-	0,3	2,3
- Neufinsing							
1976:		58,8	34,4	6,8	-	-	-
1980:		57,3	32,6	8,8	-	-	1,3
-Eicherloh							
1976:		66,7	30,2	2,6	-	-	0,5
1980:		66,4	28,4	3,9	-	0,2	1,0

Die Erststimmen in der Gemeinde Finsing weisen für die SPD folgende Entwicklung auf: 1965: 28,0; 1969: 35,7; 1972: 38,4; 1976: 29,2; 1980: 28,8 %.
Für den Kandidaten der CSU, Albert Probst, gaben heuer 71,6 % der Wähler, gegenüber 76,2 % vor vier Jahren, ihre Stimme.
Noch ausführlicher wird das Wahlergebnis in unseren Schaukästen in Finsing und Neufinsing dargestellt.

Zitat

"Wenn ich zur Macht wollte, dann würde ich mich ganz anders verhalten. Dann würde ich versuchen, mich einschmeichelnder Redensarten zu bedienen, dann würde ich versuchen, die Öffentlichkeit durch gefällige Worte für mich zu gewinnen."
(F.J.Strauß, ARD, 17.3.1975)
Wollte F.J. Strauß nicht Kanzler werden oder hat er ein Gedächtnis wie Filbinger?

Wir danken

unseren Wählern für das Vertrauen, das sie unserer Kandidatin Anke Martiny und unserer Partei geschenkt haben!

Unser heutiger Ohrwurm bringt ein Interview mit Erwin Hetz, der vom Gemeinderat zurückgetreten ist. Schlagen Sie Seite 2 auf!

Einladung

Am Freitag, 17.10.80, 20 Uhr, kommt unsere Kreis- und Bezirksrätin

Anne Dasch

nach Finsing, Gasth. Stadlerwirt und berichtet über ihre politische Arbeit. Jeder, der dafür Interesse hat, ist hierzu herzlichst eingeladen!

10 Fragen an Erwin Hetz

Erwin Hetz trat von seinem Amt als Gemeinderat zurück. Se[illegible] und: Seine berufliche Belastung verhindert, daß er sich in dem [illegible], das er für notwendig hält, seinem Amt widmen könnte. Der Finsinger Ohrwurm wollte es genauer wissen:

1. Frage: Erwin Hetz, viele waren überrascht von Deinem Schritt. Gab es denn ein besonderes Ereignis, das Dich zu Deinem Entschluß brachte?

Hetz: Ob es viele waren, weiß ich nicht. Für einige war es sicher überraschend. Vermutlich primär für jene, welche mich nicht näher kennen. Wie den meisten bekannt sein dürfte, bin ich als freier Mitarbeiter für mehrere Firmen tätig. Seit der Wahl 1978 hat sich meine berufliche Beanspruchung durch neue Aufgaben in einem Umfang gesteigert, mit dem ich damals nicht gerechnet habe.

Sicher ist an jener Meinung etwas dran, daß man für all' das Zeit hat, was einem lieb ist oder Freude macht. - Und man nimmt sich dann erfahrungsgemäß um so mehr Zeit, je mehr man mit diesen Dingen Erfolg hat. Sei es ein Hobby, politische Betätigung oder sonst etwas. Hier entsteht eine gewisse Wechselwirkung. Letztlich waren es mehrere, und nicht ein besonderes Ereignis.

Ich hatte ganz einfach das Gefühl, daß ich nicht mehr das bringen konnte, was ich unter günstigeren Voraussetzungen - wie zum Beispiel früher - hätte bringen können.

> "Sie können davon ausgehen, daß Ananas in Alaska zu züchten für einen Naturfreund wie mich einen höheren Reiz hat als Bundeskanzler zu werden." (F. J. Strauß, 31.5.79)

2. Frage: Die Planung der Neufinsinger Ortsmitte hattest Du angeregt. Fehler wurden aufgedeckt. Schließlich hast Du den Architektenwettbewerb durchgesetzt. War dies nicht ein Erfolg für Dich und eine Anregung, weiterzumachen?

Hetz: Die SPD war vor ca. eineinhalb Jahren die erste Gruppe, die dieses Thema in einer Versammlung aufgriff. Diese Versammlung war zwar recht gut besucht, im Ergebnis aber schlecht. Zumindest aus meiner Sicht. Ein großer Teil der Anwesenden war nicht nur skeptisch, sondern gegen einen Architektenwettbewerb. Auch im Gemeinderat war keine Mehrheit vorhanden.

Von einem Durchsetzen des Wettbewerbs kann eigentlich nicht die Rede sein. Es war vielmehr ein zähes Ringen. Es waren viele Sitzungen und Gespräche nötig, dazu zu kommen, daß in jeder Fraktion eine Mehrheit für den Wettbewerb war.

Neufinsing-Mitte und der Kindergarten Eicherloh waren eigentlich meine Hauptanliegen. Deshalb habe ich mich dafür besonders eingesetzt. Die Entscheidung Neufinsing-Mitte war für die Gemeinde eine besondere - und ich war froh darüber, daß sie von allen Gruppen getragen wurde. Es war im Hauptziel ein Erfolg. Enttäuschend war für mich, daß eine weitere Mitwirkung aller politischen Gruppen von einer Mehrheit verhindert wurde. Dies hat mich in meiner Entscheidung zur 1. Frage auch beeinflußt.

> "Ich bin für vier Jahre als Ministerpräsident gewählt und gedenke dieses Amt nach bestem Wissen und Gewissen, nach Maß meiner geistigen und körperlichen Kräfte auszufüllen...Ich habe keine Alternativplanungen!" (F.J.Strauß, 10.12.78)

3. Frage: Standen noch andere Dinge zur Debatte, bei denen Du an den Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat gescheitert bist?

Hetz: Die SPD war leider nie in einer Situation, in der sie ihre Vorstellungen hätte durchdrücken können. Die Ansichten zu wichtigen Dingen - oder Dingen, die ich für wichtig hielt, - waren sehr oft konträr. Früher war es unter anderem die Sache mit dem Sportlerheim - oder, was mich sehr erregt hat, war der Badeweiher,

den man einfach ausgebaggert hat, ohne vorher einen Abbauplan zu erstellen. Daß man einfach etwas ausbaggert, wo man hernach vielleicht feststellt, daß dort zum Beispiel ein flacher Strand richtig gewesen wäre.

Es gäbe noch eine Reihe Punkte anzufügen, mit deren Entwicklung ich nicht zufrieden war. Nicht, weil keine Mehrheit vorhanden war, sondern eine zu lasche Handhabung. So mein bereits erwähntes 'Lieblingskind' der Kindergarten Eicherloh. Dieses Thema steht ja nicht erst seit dem Antrag der Wählergruppe Eicherloh an, sondern gehört seit vielen Jahren zum Gedankengut der SPD. Im übrigen habe ich sehr große Zweifel, ob der eingeschlagene Weg zum Ziel führt. und einen nach meiner Ansicht aussichtsreicheren Weg vorgeschlagen.

Auch der Gedanke, im alten Schulhaus ein Vereinsheim zu schaffen, liegt mindestens 2 bis 3 Jahre zurück. Ich habe dies zu einer Zeit, als es Schwierigkeiten zwischen Wirt und Vereinen gab, mit einem jetzt Führenden der WG Eicherloh ins Gespräch gebracht. In Eicherloh gibt es ja soetwas wie einen Alleinvertretungsanspruch. Damalige Kollegen haben Gespräche mit Vereinsvorständen einberufen, wo man offensichtlich nicht erwünscht war; - in schwierigen Verhandlungen aber, über Kindergarten, war man offensichtlich gut genug.

4. Frage: Du bist in verschiedenen Vereinen. Hattest Du dort keinen Rückhalt?

Hetz: Ich bin zwar Mitglied in vielen Vereinen, aber eigentlich in allen passives Mitglied. Ich habe mich dort nie besonders engagiert und habe auch nicht die Absicht.

5. Frage: Du hast Dein Mandat immer zusammen mit dem Eintreten für eine Partei gesehen. Du machtest 'sozialdemokratische Kommunalpolitik'. Glaubst Du nicht, daß Du mit Deinem Rücktritt SPD-Wähler vergrämt hast?

Hetz: Es ist eigentlich ganz klar, daß man ein Mandat eben immer in Verbindung mit denen sehen muß, die einem das Mandat und das Vertrauen gegeben haben. Ob ich Wähler vergrämt habe, kann ich fast nicht glauben, weil ein vernünftiger Wähler mit Sicherheit mit mir der Überzeugung ist, daß man sein Mandat abgeben muß, wenn man das geschenkte Vertrauen nicht mehr rechtfertigen kann. Vielleicht war der Zeitpunkt etwas ungünstig, vor der Bundestagswahl, aber sicher bin ich dafür zu unbedeutend, daß ich hier einen Schaden angerichtet hätte.

6. Frage: Im SPD-Ortsverein (OV) sind wohl neue Leute hochgekommen. Gab es da Meinungsverschiedenheiten? Oder ist es die "große Politik" der SPD, die Dir nicht mehr paßt?

Hetz: Zum OV: sicher gibt es Meinungsunterschiede in jeder vernünftigen Gruppierung. Ein Anlaß für den Rücktritt war nicht gegeben. Und, 'neue Leute': es sind mir eher zu wenig neue Leute! Zur großen Politik: In einer großen Partei, wie der SPD, der breiten Masse, die sie trägt, sind für jeden - wie in allen ähnlichen Gremien - Punkte vorhanden, von denen man nicht begeistert ist. Mit den großen Vorstellungen der SPD stimme ich voll überein. Das war sicher kein Grund für meinen Rücktritt. Ganz im Gegenteil, ich halte den Standpunkt der SPD seit der Kanzlerschaft Schmidt für besser - obwohl auch die Ära Brandt für uns sehr wichtig war. Ich könnte mir derzeit keine andere politische Gruppierung vorstellen, die mir näher liegen könnte.

"Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellem Leben der Menschheit mitwirken kann." (Godesberger Grundsatzprogramm der SPD)

7. Frage: Wirst Du dem OV weiterhin zur Verfügung stehen, wann und wie?

Hetz: In beschränktem Umfange: ja, wenn Not am Mann ist. Wann und wie kann man zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Ich hoffe, daß bei der nächsten JHV (Jahreshauptversammlung, in der eine neue Vorstandschaft gewählt wird - die Red.) nicht wieder eine Situation entsteht, in der niemand bereit ist, den Vorsitz zu übernehmen.

8. Frage: Viele Mitglieder hat der OV nicht mehr. Aber eine Opposition wäre wenigstens manchmal in der Gemeinde nötig. Die Zeiten des Ohrwurms scheinen normalerweise auch vorbei zu sein. Geht der OV ein oder siehst Du eine Zukunft für ihn?

Hetz: Wir haben im letzten Jahr eine Menge Veranstaltungen durchgeführt, in der Hoffnung, den OV zu aktivieren. Mir ist es an die Knochen gegangen, bei einer Versammlung mit einem stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD in Bayern, Dr. Jürgen Böddrich, als da nur ca. 15 Leute anwesend waren, und das in einer Gemeinde mit ca. 350 SPD-Wählern.

Sicher ist eine Opposition nötig. Und je größer sie ist, um so besser, weil sie ein Ansporn für die Mandatsträger ist. Beim Ohrwurm hat mir einiges nicht gefallen. Aber es gehört einmal dazu, daß andere Leute andere Meinungen haben. Und sicher wird es auch jetzt so sein, daß das, was ich vorhin angesprochen habe, nicht jeden gefällt, aber trotzdem meine Meinung ist.

Sicher sehe ich eine Zukunft für die SPD, für den OV, für die Partei, sicher auch in Bayern. Die Begründung ist die, es war die SPD, die für die Bevölkerung mehr Freiheit brachte, was aber die Wähler sonderbarerweise in Bayern am wenigsten honorieren. 'Sonderbarerweise' deshalb, weil sich der Bayer ansonsten in seiner Art als sehr freiheitsliebend darstellt. Ich bin stolz darauf, einer Partei angehören zu dürfen, die wie keine andere, das an mehr Gerechtigkeit über ein Jahrhundert erreicht hat. Sie hatte es nie nötig gehabt, umzufirmieren, wie alle anderen.

9. Frage: Welche Vorstellungen hast Du von der künftigen Gemeindepolitik?

Hetz: Eine wichtige Aufgabe ist zweifellos die, daß man vor allen Dingen den jungen Bürgern, die hier aufgewachsen sind und hier bleiben wollen, es ermöglicht, hier seßhaft zu werden. Dazu gehört Bauland in einem erschwinglichen Maß, ggf. durch öffentliche Förderung.

10. Frage: Welchen Rat erteilst Du uns für die Lösung der zukünftigen Probleme?

Hetz: Mit Sicherheit wird eines kommen: daß die fetten Jahre vorbeigehen, obwohl es eben dem Bürger noch nie so gut gegangen ist, wie jetzt. Die Versorgung mit Energie und Rohstoffen wird nicht nur die Bürger, sondern auch die Kommunen betreffen. Noch sorgfältigeres Umgehen mit den Mitteln, die die Bürger der Kommune zur Verfügung stellen. Dazu gehört eigentlich ein besseres Vorausdenken, damit man Fehlplanungen und -investitionen verhindert und daß man sich auch bei der Unterstützung von durchaus unterstützenswerten Einrichtungen nicht wegen einem momentanen Erfolg gegenseitig überrundet und das Augenmaß verliert.

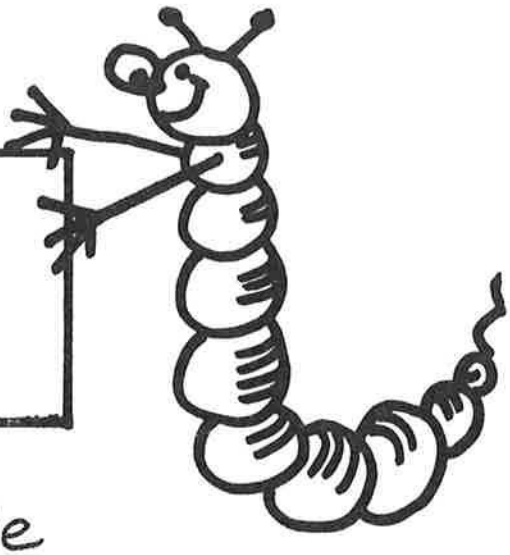
Wichtig wäre in diesem Zusammenhang auch: mehr Gemeinsamkeit zu suchen, den Alleinvertretungsanspruch mancher aufzugeben und vor allen Dingen den Versuch zu unternehmen, sich in die Lage des politischen Gegners hineinzudenken. Erst dann, wenn ich weiß, warum der andere so denkt, kann ich ihn eventuell vom Gegenteil überzeugen oder einen vernünftigen Kompromiß schließen.

"Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler wählen zu müssen."
(F. J. Strauß, 1971) - Wir auch!

Herausgeber: SPD-Ortsverein Finsing; Verantwortlich: Eugen Weeber, Eichenring 30, 8059 Neufinsing; Eigendruck im Selbstverlag

Oktober 1981 Nr. 17 Auflage 800

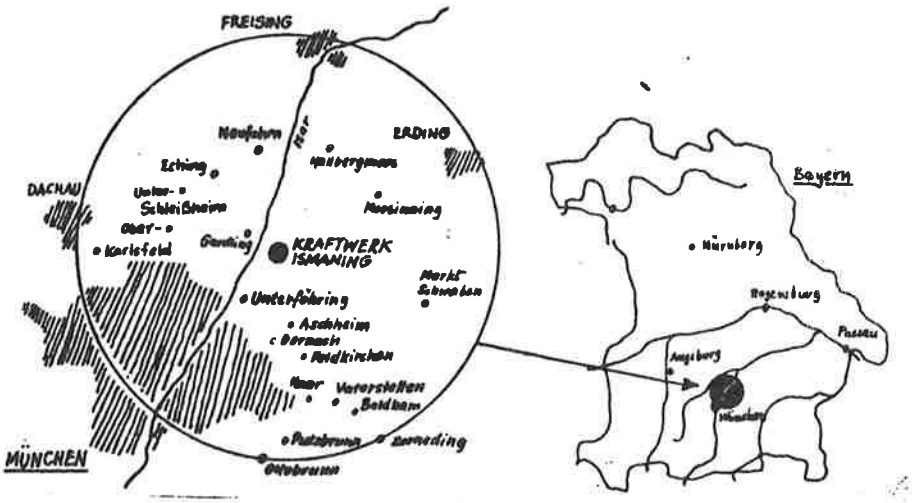
Finsinger Ohrwurm



Bedrohung für die Gemeinde

Die Stadt München plant auf dem jetzigen Karlshof bei Ismaning-Fischerhäuser ein geradezu gigantisches Kohlekraftwerk - das größte seiner Art in ganz Europa - zu errichten. Alleiniger Nutznießer dieses Kraftwerks soll nur die Stadt München sein.
Ein derartiges Kohlekraftwerk stellt natürlich eine riesige Belastung der Umwelt dar.
Im Falle des Münchner Projekts würden diese Belastungen z. B. folgendermaßen aussehen:

- Im Umkreis von 20 km (1300 qkm) um das Kraftwerk würde die Luft verschmutzt werden; unter anderem durch radioaktive Flugasche, Schwefeldioxyd (SO_2), Kohlenmonoxyd(CO) und giftige Schwermetallteilchen wie z.B. Cadmium (Cd), Quecksilber (Hg) oder Thallium (Tl) (Thalliumdämpfe führen nach den neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen zu ähnlichen Mißbildungen wie Contergan).



- Es würde eine erhöhte Nebelbildung eintreten, da das Kraftwerk in einer Sekunde etwa 160 cbm Wasserdampf in die Atmosphäre abgibt.
- Dieser Nebel wäre dann allerdings säurehaltig; was nach einiger Zeit dazu führen würde, daß Boden und auch Luft übersäuert würden.
- Durch den Bau des Kraftwerks würde der Grundwasserspiegel ganz erheblich sinken; der Boden würde dadurch austrocknen und würde durch Erosion abgetragen werden.
- Das Kraftwerk würde seine Abwärme an die Atmosphäre abgeben, dadurch steigt in dem betroffenen Gebiet die Außentemperatur.

- Um das Kraftwerk herum sind Kohlehalden mit einer Kantenlänge vom 2 km geplant; dazu kommen dann selbstverständlich noch ebensolche gewaltigen Aschehalden. Die Belastung des gesamten umliegenden Gebiets durch Kohlestaub und Asche wäre katastrophal.
- Alle diese Umweltbelastungen würden für die Landwirtschaft unabsehbare Folgen haben.

! DIE HAUPTBETROFFENEN DIESER VERSCHMUTZUNGEN UND VERSEUCHUNGEN WÄREN NUN ABER NICHT ETWA DIE BÜRGER VON ISMANING ODER GAR DIE BÜRGER VON MÜNCHEN, SONDERN DIE EINWOHNER DER GEMEINDEN FINSING UND MOOSINNING!

Dadurch, daß im Gebiet um Ismaning meist Westwind weht, würde fast die gesamt Flugasche des Kohlekraftwerks auf den Fluren der Gemeinden Finsing und Moosinning niedergehen; am meisten betroffen wären die Ortschaften Eichenried, Brennermühle, Eicherloh, Finsingermoos und Oberneuchingermoos.

In der Gemeinde Ismaning haben sich bereits viele Bürger in einer Bürgerinitiative gegen dieses geplante Kohlekraftwerk zusammengeschlossen; in Finsing und Moosinning jedoch ist bei den meisten Einwohnern noch nicht einmal bekannt, daß ein solches Kraftwerk geplant ist.

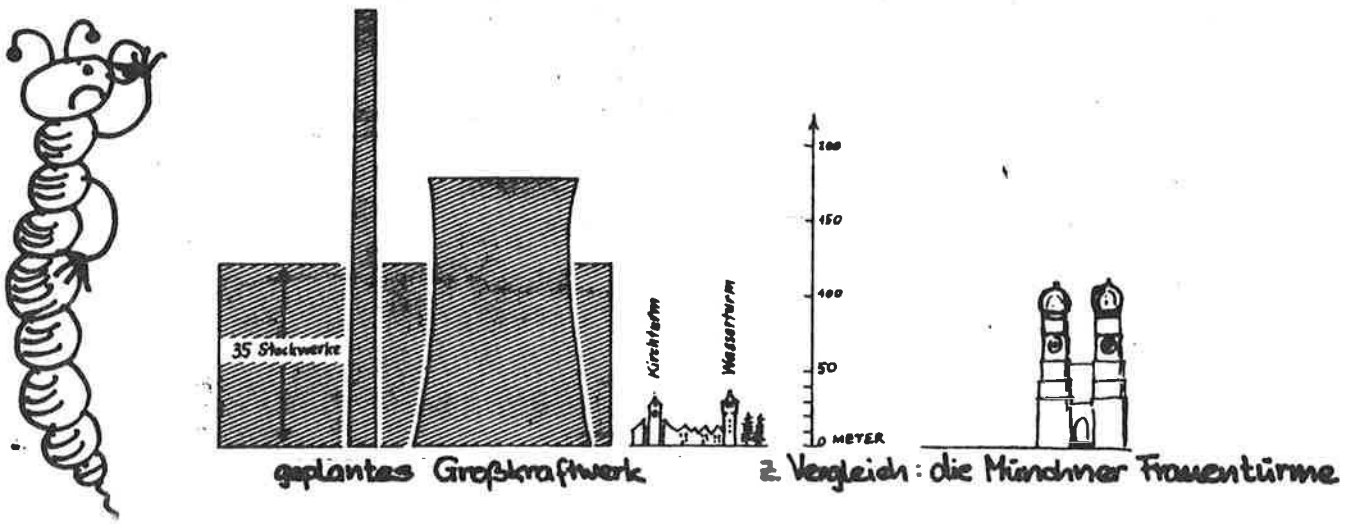
Im Falle der Gemeinde Finsing ist eine solche Informationslücke eigentlich unverständlich.

- Bereits kurz nach dem Bekanntwerden des Bauvorhabens informierte die "Bürgergemeinschaft gegen Großkraftwerke Ismaning" die betroffenen Gemeinden in den Landkreisen München und Erding; also auch die Gemeinde Finsing. Die Gemeinde Finsing reagierte nicht.

- Vor zwei Jahren übergab der Gemeinderat Ludwig Käser (SPD) dem Finsinger Bürgermeister Unterlagen über das geplante Kraftwerk. Die Unterlagen wurden dem Gemeinderat nicht nur nicht vorgelegt, sie sind auch bis heute nicht mehr "aufgetaucht".

Leider konnten Herr Bürgermeister Buchmann und der Finsinger Gemeinderat erst durch einen Antrag des SPD-Ortsvereins Finsing aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt werden.

Bedauerlicherweise beschränkten sich die Aktionen des Herrn Buchmann auf eine Anfrage beim Erdinger Landrat und auf das Versprechen, beim Ismaninger Bürgermeister "nachzufragen".



Einladung

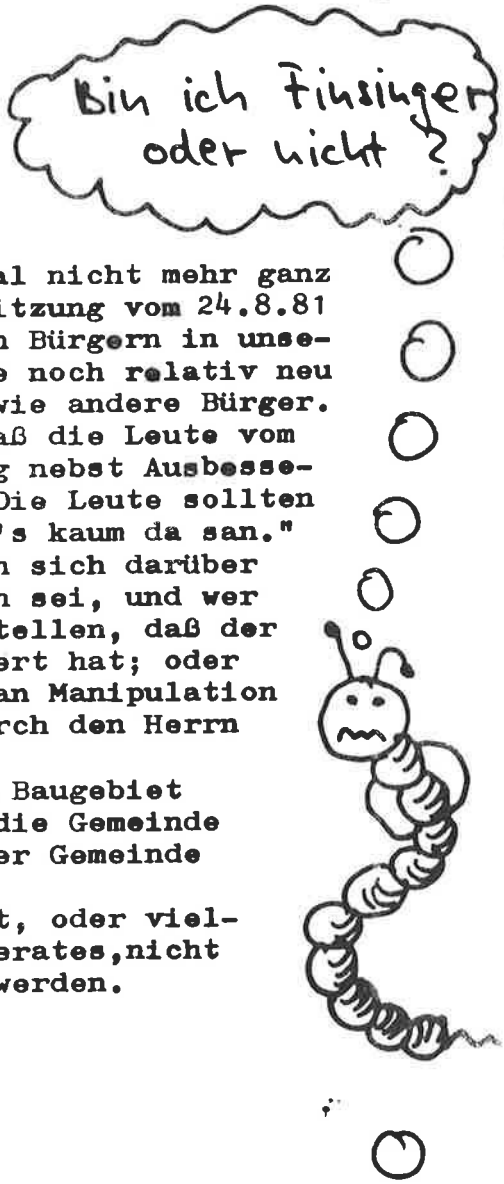
zum Frühschoppen

Thema: Großkraftwerk Ismaning

in Eicherloh, Gasthof Faltermaier

am Sonntag, 11. 10.81 um 10^{00}

Referenten: Volker Schäfer u.a. Mitglieder der "Bürgergemeinschaft gegen Großkraftwerk Ismaning"



KLASSENUNTERSCHIEDE ?

Was der kritische Gemeindebürger schon manchmal nicht mehr ganz verdrängen konnte, trat auf der Gemeinderatssitzung vom 24.8.81 offen zutage. Es gibt verschiedene Klassen von Bürgern in unserer Gemeinde! Da sollen doch glatt Bürger, die noch relativ neu zugezogen sind, nicht dieselben Rechte haben wie andere Bürger.

Gemeinderat Krizok fand es "ungebührlich", daß die Leute vom Krebsenberg in Finsing eine Straßenbeleuchtung nebst Ausbesserung der Kiesstraße beantragten. Er meinte:" Die Leute sollten an die Gemeinde keine Ansprüche stellen, wenn's kaum da san."

Fast schildbürgerartig wurde es dann, als man sich darüber auseinandersetzte, ob die Straße nun zu teeren sei, und wer dies zu bezahlen habe. Es bleibt also festzustellen, daß der Gemeinderat an der Sache völlig vorbeidiskutiert hat; oder sollte dies vielleicht gar an der schon fast an Manipulation grenzenden Leitung der Gemeinderatssitzung durch den Herrn Bürgermeister liegen??

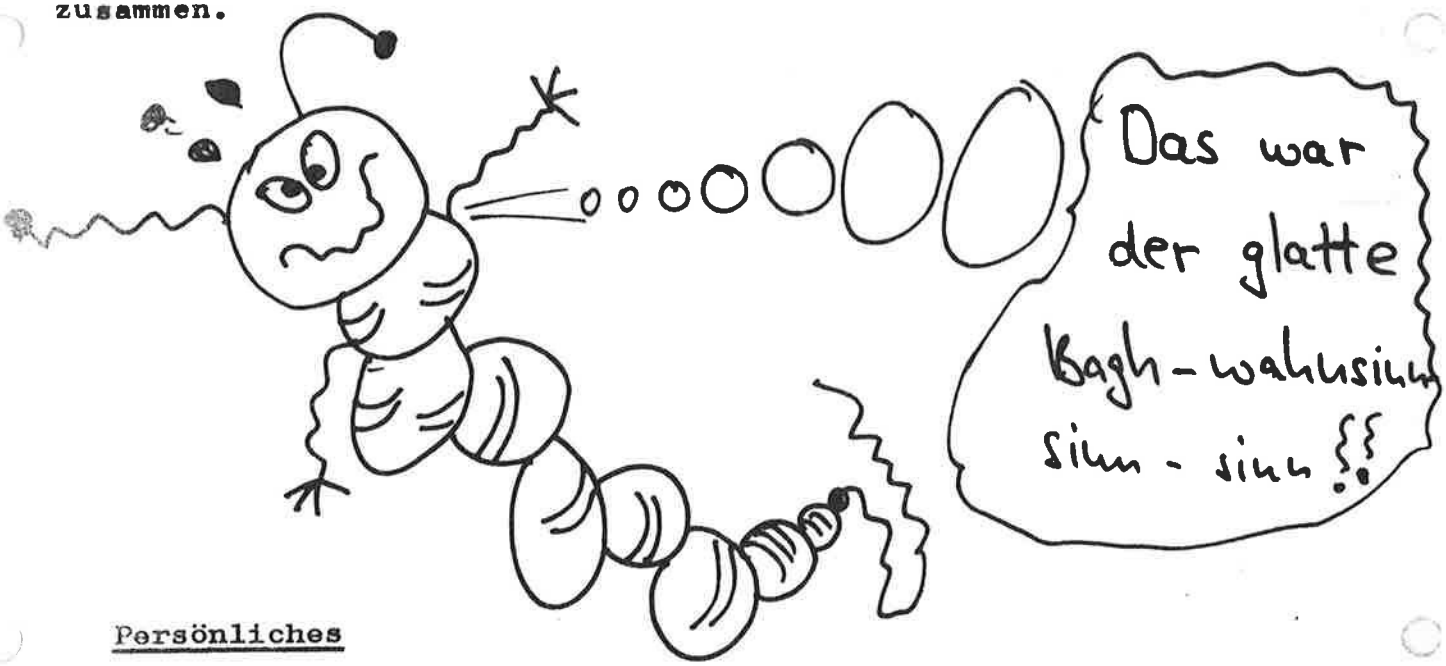
Im Interesse der zu erwartenden Neubürger (im Baugebiet Neufinsing Süd und auch anderswo) bitten wir die Gemeinde um Bekanntgabe, ab wieviel Jahren man in dieser Gemeinde volles Antragsrecht hat.

Damit wäre sichergestellt, daß der Gemeinderat, oder vielleicht auch nur einige Mitglieder des Gemeinderates, nicht mehr mit "ungebührlichen" Anträgen belästigt werden.

FILZOKRATIE IN FINSING?

Um es gleich vorweg zu sagen, hier soll weder eine Wertung Für oder Wider die Baghwan-Jünger ausgesprochen werden. Es soll nur das sonderbare Verhalten seitens der Gemeinde Finsing als auch des Landratsamtes Erding, im Hinblick auf die Genehmigung dieses Festes, etwas dargelegt werden.
Als die Absicht der Sanyassins und deren Vertrag mit Rossius bekanntwurde, da sträubte man sich sowohl in Erding als auch in Finsing vehement. Aussage Zehetmaier: "Das Vorhaben wird an der Sperrzeit scheitern!"
Später als sich die Alternativ-Verhandlungen mit der Münchener Olympiagesellschaft zerschlugen und die Poona-Veranstalter auf Einhaltung des Vertrages mit Rossius pochten, da scheinen sich alte CSU-Freundschaften bewährt zu haben. Rossius: "Der Landrat und der Bürgermeister sind meine Duz-Freunde."
Die alten Einwände galten nicht mehr, als es darum ging dem "Ach-so armen"Makler Rossius sowohl aus seiner finanziellen Patsche zu helfen, als auch Ihn aus seinen Vertragskalamitäten mit der Satori-Musik Gesellschaft zu befreien.

Theater absurd: Nachdem der Bürgermeister am Tatort seine Vorurteile abgebaut hatte, strich er sogar die Alibi Auflagen zusammen.



Persönliches

Der SPD Ortsverein Finsing ehrte auf der Jahreshauptversammlung Herrn K r ä m e r anlässlich seiner 35jährigen Mitgliedschaft.

Wir trauern um unser langjähriges Mitglied, Herrn Dipl. Ing. Lambert W e e b e r. Nach siebenjähriger schwerer Krankheit verschied er am 21.9.81 im Alter von 75 Jahren. Sowohl als Gemeinderat, als auch als Vorsitzender des Ortsvereins setzte er sich unermüdlich für die Interessen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Wir werden Ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

IMPRESSUM "FINSINGER OHRWURM"

Herausgeber: SPD-Ortsverein, Finsing

Mitarbeiter: Eugen Weeber, Diana Hornik-Hermann, Alfred Hermann, Georg Gartner, Josefine Gartner

Presserechtlich verantwortlich: Eugen Weeber, Eichenring 30, 8059 Neufinsing

Druck: SPD-Unterbezirk Erding-Freising, Prinz-Ludwig-Straße 28 8050 Freising

September 1982 Nr. 18 Auflage 800

IHR KANDIDAT FÜR DEN LANDTAG - ALBERT REINER

Albert Reiner wurde vor 36 Jahren in Erding geboren. Er besuchte die Volks- und Oberrealschule in Erding; nach dem Abitur leistete er 18 Monate Dienst in der Bundeswehr. Nach dem Wehrdienst begann er das Studium der Rechte an der Universität München. Nach bestandenem 1. und 2. juristischen Staatsexamen ist er seit 1976 in Erding als Rechtsanwalt tätig.

Albert Reiner ist seit 15 Jahren Mitglied der SPD; er ist wohl einer der engagiertesten und am meisten beschäftigten SPDler im gesamten Landkreis.

So ist Albert Reiner Unterbezirksvorsitzender von Erding/Freising, Kreisrat, Stadtrat in Erding, Mitglied des Bund Naturschutz, der Arbeiterwohlfahrt, des ADAC, der Bürgerinitiative Erding und anderer gemeinnütziger Organisationen.

Albert Reiner tritt unter anderem konsequent für folgende Ziele ein:

- Chancengleichheit für alle Kinder - deshalb auch in Bayern Anerkennung der Gesamtschule!

  Albert Reiner ist der Ansicht, daß bei einem zehnjährigen Kind noch

keine endgültige Entscheidung für seine schulische und berufliche Zukunft gefällt werden kann.
Jedes Kind hat das Recht, seinen Fähigkeiten entsprechend gefördert zu werden. Die Schule muß sich auf das Kind einstellen, nicht das Kind auf die Schule.

- Gerechtere Verteilung der Agrarsubventionen.
  Die SPD fordert eine bessere Berücksichtigung der Belange der Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirte.
- Konsequenter Umweltschutz.
  Die CSU-Staatsregierung soll sich lieber darum kümmern, daß die bestehenden Gesetze zum Schutze der Umwelt eingehalten werden, anstelle aufwendige Hochglanzbroschüren zum Thema Umwelt zu verteilen - letztlich auf Kosten der Steuerzahler.
- Beschäftigungsprogramm für Bayern
  In Bayern sind um die Hälfte mehr Menschen arbeitslos als vor einem Jahr. In Oberfranken und in den Grenzgebieten müssen junge, qualifizierte Arbeitskräfte in die Großstädte abwandern, weil sie in ihrer Heimat keinen Arbeitsplatz finden.
  Die CSU-Staatsregierung tut nichts dagegen, obwohl im bayrischen Haushalt noch Geldmittel vorhanden sind.
- Die Infrastruktur auf dem Land und in den Grenzgebieten muß verbessert werden.
  Durch den Mangel an Arbeitsplätzen in den oben genannten Gebieten entwickeln sich Ballungszentren wie München, Nürnberg, Augsburg und die nähere Umgebung dieser Städte zu wahren Wasserköpfen. Die Mieten explodieren, die Landflucht hält an - die CSU tut nichts dagegen.

IHRE KANDIDATIN FÜR DEN BEZIRKSTAG - ANNE DASCH

Die gestandene Bajuwarin erblickte 1925 in Neuötting das Licht der Welt. Sie besuchte in Töging/Inn die Schule und ließ sich in Mühldorf/Inn zum Textilkaufmann ausbilden. Anne Dasch war 30 Jahre berufstätig; jetzt ist sie Hausfrau, Mutter von zwei Kindern und stolze Oma von drei Enkelkindern.

Anne Dasch ist seit 15 Jahren Mitglied der SPD und seit 1978 Kreis- und Bezirksrätin. Ferner ist sie Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, des Behindertensportvereins und des historischen Vereins.

Anne Dasch setzt sich in ihrer politischen Arbeit vor allem für soziale und humanitäre Belange ein; so fordert sie:

- Verbesserung der Versorgung alter und kranker Menschen - auch und vor allem außerhalb von Heimen und Krankenhäusern.
- Verkleinerung der psychatrischen Großkrankenhäuser.
- vermehrte und bessere Vor- und Nachsorge für psychisch Kranke
- Fort- und Weiterbildung des g e s a m t e n Krankenhauspersonals
- besserer Schutz von Kulturgütern
- Heimatpflege
- Förderung der Volksbildung
- Reinerhaltung von Flüssen und Seen

! MEHR MENSCHLICHKEIT IN ALLEN BEREICHEN!

Eine Finsinger Gemeinderatssitzung:

wichtigster Tagesordnungspunkt:

Dankbarkeitskreuz für die Befreiung der Gemeinde aus der Verwaltungsgemeinschaft, beantragt von der separatistischen Fraktion.

BM Erlenkerl: "Oiso,a,aa,i mecht sog'n,dez Kreiz ko garnet groß gnua sei,weil unsa Dankbarkeit is ja aa so groß.I bin ja aa net ummasunst zu de "Christlichen" ganga.
Walderl: Vor allem muaß an entsprechenden Plotz kriagn,an würdigen. Damit's aa a jeder siegt.
Pferdl:Und gweicht muaß aa werdn.
BM Erlenkerl: Des sowieso,wo ma doch aa z'Altötting warn und uns damals da Tandla scho gweicht hod.
Lanze: Ja,wos war denn des sündteire Rathaus no wert,ohne unsa Dankbarkeitskreizl,do hätt ma jo fünf Milliona Mark in Dreck einegschmissn, ohne des Selbständigkeitssymbol.
Hacken:Und oben drüba muaß a Gedenkschrift,mit vui Beleuchtung.
Mohr: Do gherat a extra Eck im neia Rathaus dafür her.Deswegn soitat ma des Rathaus no amoi nei plana lossn,aba desmoi vielleicht von jemand anderst,damit do aa wirklich a Wettbewerb herrscht.
Schlittenzack: Nix do,d'Leit soin dankbar sei für eana Selbständigkeit und Freiheit,mir san ja olle für'd Freiheit.Dafür soins ruhig fünf Milliona blecha;zusätzli ham's ja aa no an atomaren Schutz durch de Tiafgaragen.
Limburger: Und wer kimmt do eine,weil olle ham's ja do net Plotz drin?
BM Erlenkerl: Do hamma scho Pläne,de san aber geheimhaltungsbedürftig und im übrigen möcht i sogn,hod des mit dem Kreizl nix zum doa.
Räuberl: I moan,mia kanntn des Kreuz aa auf den Turm - natürle wettergschützt - auffimacha,dann hätt der Turm wenigstens aa an Sinn.D'Leit kanntn dann buchstäbliche Kurzwallfahrten verbundn mit am Amtsbesuch macha.
Volksbilder: Vielleicht soid ma de Sach net übatreibn,es gibt ja sogar scho Leit,de net amoi eisegn,daß fünf Milliona für unsa Statussymbol- i moan für'd Unabhängigkeit - notwendi san.De fragn uns Hernach dann, warum ma net liaba an Pleitegeier auffegmacht ham.
BM Erlenkerl: Des geht jetzt z'weit.Mir san uns olle einig,daß mir des Kreuz braucha.Stimma o!

(Obige Handlung ist völlig frei erfunden.Ähnlichkeiten mit lebenden oder verstorbenen Personen sind rein zufällig.)

AKTUELLES:

Am 17.September 1982 kündigte Helmut Schmidt in Bonn die sozial-liberale Koalition zwischen F.D.P. und SPD auf.Wochen-,ja monatelang vorher zeichnete sich ein Bruch der Koalition ab,Teile der F.D.P. sochten nach immer neuen Vorwänden und "Argumenten",um die SPD zu nerven und das Bündnis zu demontieren.

So sprach Genscher immer häufiger von einer "politischen Wende",was er jedoch damit konkret meinte,war nicht unbedingt klar. Eine konservative Gruppierung innerhalb der F.D.P. - allen voran Otto Graf Lambsdorff - versuchte,gegen den Widerstand des linken Parteiflügels das soziale Netz in der Bundesrepublik Deutschland zu demontieren.Als Lambsdorff schließlich sein sogenanntes "Lambsdorff-papier"der staunenden Öffentlichkeit präsentierte,war das Maß voll. So sagte Helmut Schmidt zu dieser denkwürdigen Denkschrift vor dem Bundestag am 17.9.1982:"Im übrigen aber hat die öffentliche Meinung die Denkschrift sehr richtig verstanden,sie will in der Tat eine Wende,und zwar eine Abwendung vom demokratischen Sozialstaat im Sinne des Artikels 20 unseres Grundgesetzes und eine Hinwendung zur Ellbogengesellschaft."

Die SPD ist nicht bereit,eine Wirtschaftspolitik mitzutragen,die im Grunde nichts anderes als eine Neuauflage des Brutalkapitalismus' des 19.Jahrhunderts ist.

Da Helmut Schmidt und die SPD keine Grundlage zu einer sinnvollen Zusammenarbeit mit der F.D.P. mehr sahen und sehen,schlug Schmidt den Unionsparteien CDU und CSU vor,auf dem Wege über die Vertrauensfrage (Artikel 68 des Grundgesetzes) den Weg zu baldigen Neuwahlen freizumachen und das Volk über die zukünftige Politik in Bonn entscheiden zu lassen.

Allem Anschein nach wären Neuwahlen auch im Sinne der CDU/CSU - so sollte man jedenfalls denken.Denn es sagten:

HELMUT KOHL (CDU):

"Neuwahlen wären die sauberste Lösung.Mir wäre natürlich am liebsten, am nächsten Sonntag würde der Bundestag gewählt."

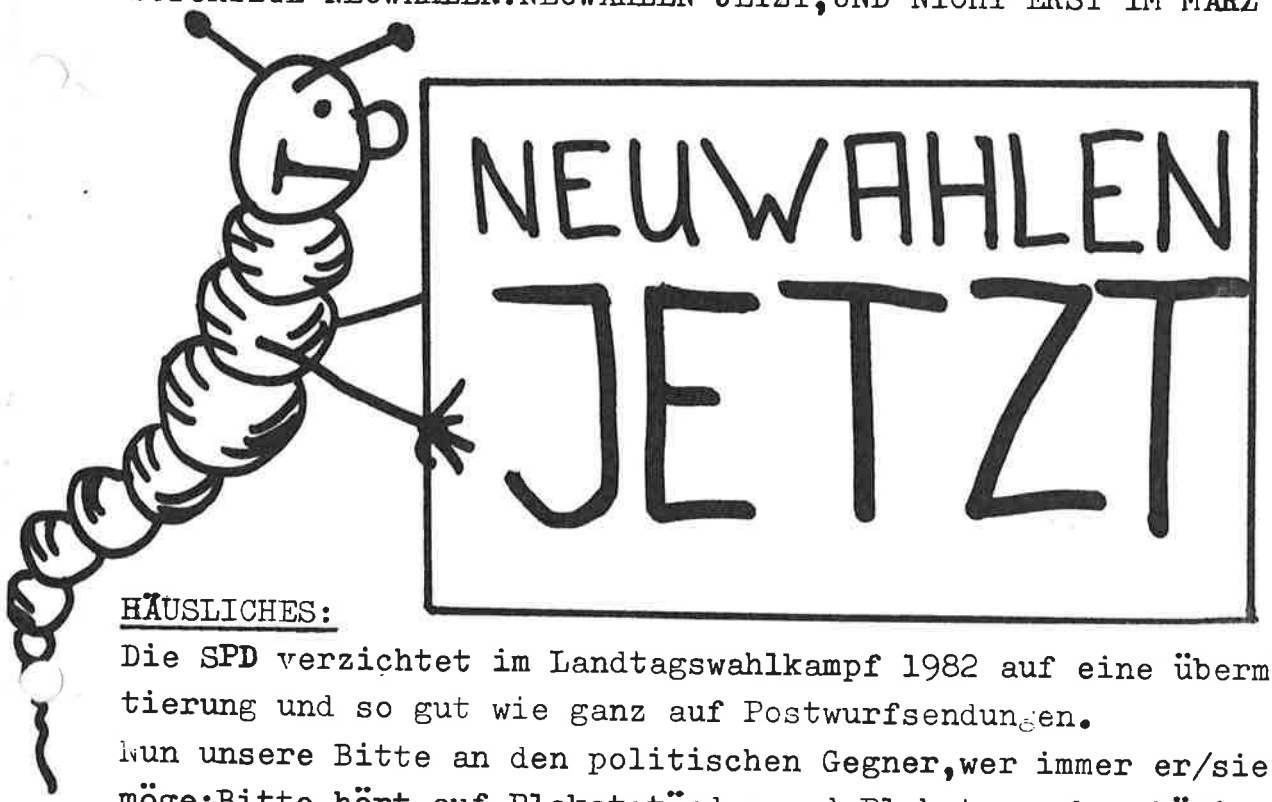
(BILD-Zeitung,15.7.1982)

"Eine von der Union geduldete Minderheitsregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt wäre nur möglich,wenn sie in Absprache mit der Oppo-

sition Neuwahlen vorbereitet."
(Westfälische Rundschau,3.9.1982)
"Nun, ich wäre ein miserabler Parteivorsitzender,wenn ich angesichts der Stimmung im Lande,wenn ich die Chance hätte,Neuwahlen zu erreichen,nicht 'ja' sagen würde zu Neuwahlen.Um es klar zu sagen,mir wäre das das liebste,wir könnten am Sonntag wählen."
(ZDF,1.9.1982)
FRIEDRICH ZIMMERMANN (CSU):
"Für die CDU/CSU gibt es nicht den geringsten Zweifel,daß Neuwahlen die beste,sauberste,auch die rechtzeitige Lösung wären..."
(Radio Bremen,26.4.1982)
F.J.STRAUSS:
"Neuwahlen wären im übrigen der einfachste und sauberste Weg,aus diesen Bonner Verstrickungen und aus diesem Bonner Dschungel wieder herauszukommen...Die Legitimation,nunmehr mit einem anderen Partner dranbleiben zu wollen,reicht heute bei der kritischen Wählermentalität nicht mehr aus."
(ZDF,7.9.1982)
GERHARD STOLTENBERG(CDU):
"Neuwahlen wären eine saubere Lösung..."
(Neue Osnabrücker Zeitung,3.7.1982).
Jedoch scheinen sich nun plötzlich die führenden Politiker der Union an diese ihre Aussagen nicht mehr zu erinnern:Mit der Begründung:"Wir müssen dem Bürger ein Programm vorlegen!" [Haben denn die bis jetzt noch keins??!] soll über ein konstruktives Mißtrauensvotum eine Koalition Kohl/Genscher in den Sattel gehoben werden.Ob die Bürger unseres Landes eine solche Regierung wünschen,bleibt nach dem Ausgang der Hessenwahlen zumindestens zweifelhaft.
Die Union hat nach eigenem Bekunden keine Angst vor Neuwahlen - wozu dann die Verzögerung??
Die F.D.P.,die den Wahlkampf 1980 unter dem Motto "FÜR DIE REGIERUNG SCHMIDT/GENSCHER führte,hat vom Wähler kein Mandat,ohne vorherige Neuwahlen eine Koalition mit den Unionsparteien zu bilden;dieser Umstand wird ja selbst von einem großen Teil der F.D.P. nicht bestritten.
Hier drängt sich doch der Verdacht auf,daß die F.D.P. schlicht und ergreifend nur um jeden Preis "dranbleiben" will.Daß die F.D.P. bei

sofortigen Neuwahlen um ihr politisches Überleben kämpfen müßte - 3,1 % der Stimmen in Hessen ! - ist zwar bedauerlich;jedoch darf kein verantwortungsbewußter Politiker - gleich welchen Couleurs - sein Handeln von parteipolitischen Überlegungen und rechnerischen Einheiten lenken lassen.
Jeder Politiker muß in einem demokratischen Staat den Willen und die Wünsche des Volkes v o r seine eigenen Interessen stellen!

DAHER FORDERT DIE SPD:
SOFORTIGE NEUWAHLEN!NEUWAHLEN JETZT,UND NICHT ERST IM MÄRZ 1983!!



HÄUSLICHES:
Die SPD verzichtet im Landtagswahlkampf 1982 auf eine übermäßige Plakatierung und so gut wie ganz auf Postwurfsendungen.
Nun unsere Bitte an den politischen Gegner,wer immer er/sie auch sein möge:Bitte hört auf,Plakatständer und Plakate zu beschädigen!Unserer Ansicht nach hat JEDER das Recht,seine Meinung zu äußern,und wir halten die Beschädigung von Wahlplakaten nicht für ein geeignetes Mittel der politischen Auseinandersetzung.

IMPRESSUM " FINSINGER OHRWURM "
Herausgeber: SPD - Ortsverein ,Finsing
Mitarbeiter: Georg Gartner,Diana Hornik-Hermann
Presserechtlich veranwortlich: Diana Hornik-Hermann,Brennermühle 29
8059 Finsingermoos
Druck: SPD-Unterbezirk Erding-Freising,Prinz-Ludwig-Straße 28
8050 FREISING

Einladung:

7.10.1982 20⁰⁰

Anne Dasch beantwortet

Fragen

zu

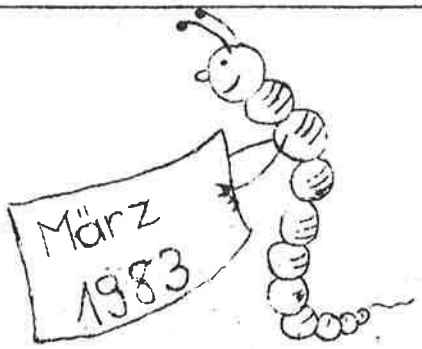
Landesproblemen

Gasthof „Hettler"

Neufinsing

Nr. 19

Finsinger Wahlwurm



IN EIGENER SACHE:

Eigentlich wollte sich der"Ohrwurm" diesmal nicht in das Wahlkampfgetümmel einmischen;aber leider war vom politischen Gegner in letzter Zeit gar Seltsames zu hören und zu lesen.
Wir meinen,einige Dinge klarstellen zu müssen.

EIN LANDRAT IN EICHERLOH oder FÜR WIE DUMM UND UNINFORMIERT HÄLT HERR ZEHETMAIR EIGENTLICH DIE FINSINGER?

Am 24.II.1983 fand in Eicherloh eine Wahlveranstaltung der CSU statt, als Redner hatte sich Landrat Zehetmair angesagt.
Da es sich hier um eine Wahlkampfrede hielt,lohnt es sich nicht,auf die übliche Polemik einzugehen.Einige Behauptungen,die Zehetmair aufstellte, waren jedoch schlicht und ergreifend falsch und dürfen nicht ohne Richtigstellung bleiben.
So behauptete Landrat Zehetmair,die Regierung aus SPD/F.D.P. hätte die Bundesrepublik Deutschland in den letzten 13 Jahren in ein wirtschaftliches Chaos geführt;die Weltwirtschaftskrise sei seiner Ansicht nach kaum für die wirtschaftliche Situation in der BRD verantwortlich.
Wenn die Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition wirklich so verfehlt war,wie Herr Zehetmair es darzustellen beliebte,dann seien doch bitte zwei Fragen erlaubt:Warum wurde dann der Wirtschaftsminister der sozialliberalen Koalition - Otto Graf Lambsdorff - beibehalten?Und warum wurden Maßnahmen der SPD zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - wie zum Beispiel die Ergänzungsabgabe für Besserverdiener - wütend von den Unionsparteien attackiert,wenn dieselben jetzt mit der sogenannten "Zwangsanleihe" doch genau das Gleiche tun?
Auf Herrn Zehetmairs Behauptung,die Weltwirtschaftskrise habe so gut wie nichts mit der wirtschaftlichen Situation hierzulande zu tun,lohnt es sich nicht,einzugehen.Diese Aussage ist albern;sogar Helmut Kohl und Norbert Blüm haben ihr widersprochen.

[illegible] sich [illegible] Zehetmair [illegible] Staatsverschuldung [illegible] stünde er [illegible] Stelle in [illegible] Ist, die Inflationsrate sei [illegible] Beilag stimmt es nicht:Die [illegible]

Alsdann verstieg sich Zehetmair [illegible]er Behauptung, die Staatsverschuldung der BRD stünde an zweiter Stell[illegible] der westlichen Welt, die Inflationsrate sei immens. Beides stimmt s[illegible]cht: Die Pro-Kopfverschuldung aller EG-staaten und die der USA ist wesentlich höher als bei uns; und in der gesamten westlichen Welt hat nur die Schweiz eine geringere Inflationsrate als die BRD. Diese wirtschaftliche Stabilität - die von vielen ausländischen Wirtschaftspolitikern neidvoll betrachtet wird - ist nun allerdings Verdienst der SPD/F.D.P.-Koalition; und auch die Schwarzmalereien der Union können daran nichts ändern.

Wie zu erwarten, versuchte Herr Zehetmair auch, das neue Mietrecht der Rechtskoalition in Bonn zu verteidigen. Hier versuchte er, vor allem bei Kleinbauherren Verständnis zu finden, indem er mit dem zeitlich begrenzten Mietvertrag hausieren ging. Die verheerenden Auswirkungen der Staffelmiete und der Vergleichsmiete fand er nicht einmal erwähnenswert.

Die Staffelmiete - nun auch für Altbauten zulässig - besagt, daß ab 1.1. jeder Mietzins innerhalb von drei Jahren um 30 % erhöht werden kann. Im Klartext bedeutet das, daß ein Mieter, der bisher 600,- DM für seine Wohnung zahlen mußte, nun 780,- DM aufbringen muß.

Auch kann nach dem neuen Mietrecht jeder Vermieter eine Wohnung aus dem eigenen Bestand überhöht vermieten und dann eine solche völlig überhöhte Mietforderung jedem seiner anderen Mieter als Vergleichsmiete präsentieren - und kräftig absahnen.

Daß ein solches Mietrecht auf Großvermieter zugeschnitten ist und ausgesprochen verbraucherfeindlich, liegt auf der Hand.

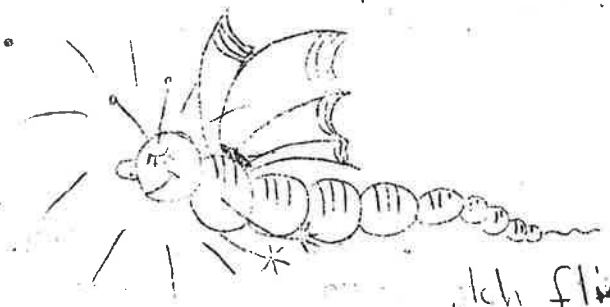
Als Unverschämtheit ist allerdings zu werten, daß Unionspolitiker nun behaupten, dieses Mietrecht sei von der SPD entworfen worden.

Auch zum Thema Ausbildungsförderung fand Herr Zehetmair schöne Worte. So sollen Stipendien im Rahmen des BAFöG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) für Schüler rigoros zusammengestrichen werden und für Studenten in Darlehen "umgewandelt" werden. Stipendien sollen laut Zehetmair auch nicht mehr über einen unbegrenzten Zeitraum gezahlt werden, die Einführung eines Leistungsnachweises nach dem vierten Semester wird gefordert.

Glaubt denn Herr Zehetmair tatsächlich, daß es noch nicht bis Finsing durchgedrungen ist, daß

- bereits heute ein nicht unerheblicher Teil der im Rahmen des BAFöG gewährten Stipendien zurückgezahlt werden muß - und zwar im Gegensatz zu Zehetmairs Sprüchen ohne Rücksicht darauf, ob der ehemalige Student Arbeit hat oder nicht,
- Stipendien nur bis zu zehn Semestern gewährt werden - egal, ob das Studium abgeschlossen ist oder nicht,
- bereits heute aller zwei Semester ab dem vierten Semester ein Leistungsnachweis erbracht werden muß??

Für wie unterinformiert hält denn der Herr Landrat die Landbevölkerung??
Weiterhin behauptete Herr Zehetmair, die BAFöGkürzungen und die Einführung von Studiengebühren sei durchaus nicht unsozial; auch hätten Schüler und Studenten, deren Väter einen "dicken Geldbeutel" hätten, nach der neuen Stipendienregelung keinen Vorteil vor den anderen.
Anscheinend kann sich Herr Zehetmair die finanzielle Situation einer durchschnittlichen Familie garnicht oder nur recht nebulös vorstellen. Einem betuchten Vater wird es bestimmt nicht schwer fallen, für seinen studienwilligen Sprößling im Jahr 1200,-DM Studiengebühren hinzublättern, auch sind die sogenannten Besserverdiener von der Streichung des Schüler-BAFögs nicht betroffen. Bei einer "normalen" Familie kann aber der Wegfall dieses Stipendiums durchaus dazu führen, daß ein an sich begabter Jugendlicher seine Schulausbildung an Gymnasium und/oder Fachoberschule aus finanziellen Gründen abbrechen muß und daß an ein Studium nicht mehr zu denken ist.
Wie sagte doch Herr Zehetmair so schön?"Es gibt sowieso zuviele Studenten. Das muß schon viel früher geregelt werden."
Soll heißen: Die Söhne und Töchter gut verdienender Eltern können weiterhin - ohne Rücksicht auf Begabung und Eignung studieren, während begabte Kinder finanziell schlechter gestellter Familien auf der Strecke bleiben.
So sieht also soziale Gerechtigkeit à la CDU/CSU aus!
Unserer Ansicht nach ist auch Wahlkampf keine Entschuldigung für Fehlinformationen und Polemik, wie man es am 24.11. von Herrn Zehetmair hören mußte.



„Ich flieg' auf Vogel!"

DAS WILL DIE SPD:

- ein Arbeitsmarktprogramm, daß Arbeitsplätze schafft und vorhandene Arbeitsplätze sichert
- ein soziales und gerechtes Mietrecht
- gleiche Bildungschancen für alle Kinder
- ein einheitliches Kindergeld

DAS WILL DIE SPD NICHT:

- allgemeine Sprüche zur Wirtschaftsbelebung
- die Verwässerung des mieterschutzes
- gute Ausbildungsmöglichkeiten nur für die Kinder von Besserverdienern
- Steuervergünstigungen für Kinder reicher Eltern

DAS WILL DIE SPD:
-einen fundierten und sachlichen Umweltschutz
-gleiche Rechte für Männer und Frauen

- Hans-Jochen Vogel

DAS WILL DIE SPD NICHT:
- einen Innenminister Zimmermann, der seinen Umweltexperten feuert
- eine Politik, die die Frau am
- liebsten als "Heimchen am Herd" sieht
Helmut Kohl.

Deshalb am 6.März: BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD!

Die Bundesrepublik Deutschland braucht einen Kanzler und eine Regierung, die Probleme anpacken und konstruktiv lösen, und nicht einen Kanzler Helmut Kohl, der sich vom bayrischen Ministerpräsidenten und seinem Innenminister Zimmermann (Ole Schwurhand) auf der Nase herumtanzen läßt. Wir brauchen einen Kanzler, der klare Positionen vertritt, und nicht einen Kanzler, von dem nicht einmal die engsten Verbündeten wissen, wo seine außenpolitische Position ist.

Auch brauchen wir eine Regierung, die die primitivsten Regeln des Anstandes wahrt und nicht einen Familienminister, der wie Heiner Geißler der Jugend ein Vorbild sein möchte und dann seine politischen Gegner als "Politische Verbrecher" beschimpft.

Auch kann es sich die Bundesrepublik nicht leisten, einen Mann wie Franz Josef Strauß als Minister zu haben, einen Mann, der Schriftsteller als "Ratten un Schmeißfliegen" diffamiert, und der auf anerkannte Künstler den Nazibegriff "entartete Kunst" anwendet.

DESHALB AM 6.MÄRZ: BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD!!

FRAGE DES MONATS:

Warum kann Franz Josef Strauß nicht stürzen?

Antwort: Hinter ihm steht geschlossen die CSU. Vor ihn stellt sich, wenn es sein muß, geschlossen die CDU. Von links wird er von seinen Gegnern hart bedrängt - dahin kann er nicht fallen. Und rechts von ihm ist sowieso nur noch die Wand.

IMPRESSUM "FINSINGER OHRWURM"
Herausgeber: SPD - Ortsverein Finsing
Mitarbeiter: Alfred Hermann, Diana Hornik-Hermann
Presserechtlich verantwortlich: Diana Hornik-Hermann, Brennermühle 29
8059 Finsingermoos
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
Auflage: 600